

ReTour Stakeholder Workshop #1 (14.01.2019)

Protokoll Tisch #1

„Welchen Einfluss haben neue Großinfrastrukturprojekte aus dem Bereich Windkraft und PV in Tourismusregionen?“

Tisch #1 – Runde 1

Die erste Runde startet mit der für Tisch #1 namensgebenden Frage.

Der Charakter einer Landschaft

Eingangs wird, mit Fokus auf erneuerbare Energietechnologien, gleich erwähnt, dass solche Projekte primär den Charakter einer Landschaft verändern und dies nicht nur tagsüber sondern auch nachts (Blinken und Drehen).

Werben mit einer Last

Das Vorhandensein von Erneuerbaren wird aber auch direkt beworben, wie zum Beispiel von der Region Grünau, im Rahmen eines „sanfter Tourismus“ Konzepts. Hier wird entgegnet, dass für Grünau und das Almtal schon bemerkt werden muss, dass eher „**aus einer Last eine Tugend gemacht**“ wird, wenn man betrachtet wieviel Kleinwasserkraft hier existiert. Touristisch wird hier aber eher auf Konzepte wie „Wilderness“ und den Wald, als großes Kapital gebaut.

Es taucht dann die Frage auf von **welcher Art von PV** im Projekt gesprochen wird, um zu vermeiden über Anlagentypen zu sprechen, wie die aus Deutschland bekannten Großflächenanlagen, für die in Österreich eher schwer **politisches „commitment“** zu erreichen ist, insbesondere wenn nicht eine Sekundärnutzung (z.B. Mülldeponie) angedacht ist, sondern freie Landschaft verbaut wird. Unterstrichen wird in weiterer Folge, dass die Konzentration auf beides – PV und Windkraft – im Projekt löblich ist, da PV wirklich eine gute Option ist, um ohne zusätzliche Wege oder andere Infrastruktur die erneuerbare Energieproduktion voranzutreiben.

Von der Moderatorin wird in der Folge angemerkt, dass es im Projekt ReTour insbesondere um Freiflächenanlagen gehen wird.

Diese Einschränkung stößt auf **Widerstand**, da eben die Unterscheidung zwischen Dach und Freifläche im Projekt und in den Laboren eine wichtige und aussagekräftige sein könne. Das Beispiel einer großen Halle in der Tourismusgemeinde Ebensee wird erwähnt, auf welcher eine PV-Anlage gut Platz finden würde. Auch eine Halle für Segelflugzeuge (Sportsarea Grimming) wird hier erwähnt. In einem solchen Fall auf die **Freifläche**, also Wiese, auszuweichen wäre seltsam und mit **deutlich mehr Einfluss auf das Landschaftsbild** verbunden.

Definition einer Tourismusregion

Grundsätzlich taucht auch die Frage nach der Definition von Tourismusregion auf, welche in einer breiten Auffassung als gesamter Anwendungsbereich der Alpenkonvention definiert werden könnte, wobei im späteren Verlauf der Diskussion angemerkt wird, dass beim Projekt vielleicht der Eindruck entsteht, dass es um intensiv touristisch genutzte Regionen geht. Es wird angemerkt, dass in diesen Regionen der Ausbau von

Erneuerbaren wohl weniger gewünscht bzw. notwendig sein wird. Dem gegenüber stehen Regionen, die eher depriviert sind und wo Erneuerbare mitunter Beschäftigung bringen.

Fairness

Auch debattiert wird, ob nur von alpinen Bereichen gesprochen wird bzw. ob auch Regionen mit denkmalgeschützter Infrastruktur angedacht werden, wo eine Anbringung von Dachflächen-PV unmöglich ist. Dies wirft sogleich eine Frage der Fairness auf; dass auf einer Alm vielleicht PV stehen darf, aber **am Kirchturm** dies **ein absolutes Tabu** ist. Hier entstehen Diskussionen in Spannungsfeldern zwischen bebauter vs. unbebauter und kultivierter vs. nicht kultivierter Landschaft.

Verfügte Räume

Es wird in den Raum gestellt, dass solche Projekte für infrastrukturell oder wirtschaftlich schwache Regionen auch **eine Chance** bedeuten können. Abträglich für die Akzeptanz sei auf jeden Fall, wenn in **unberührte Räume** vorgedrungen wird und hier einen negativer „Impact“ auf das Landschaftsbild entsteht.

Von der Moderation wird nun erfragt ob dies für alle Großinfrastrukturprojekte gilt.

Ein Vorschlag zur Unterscheidung ist hier eine vorhandene oder eben nicht vorhandene **traditionelle Komponente**, wie sie zum Beispiel für Wasserkraft oder auch die Waldnutzung geltend gemacht werden kann. Darüber hinaus muss auch beachtet werden, **wer die Anlage betreibt und was in der Region bleibt**. Hier gäbe es allerdings noch keine Systematik. Anlagen seien immer ein Eingriff in das Landschaftsbild und nicht immer sei es möglich Vorteile für den einzelnen, insbesondere finanzieller Natur, abzubilden. In diesen Fällen müssten andere **Vorteile**, wie Energieautarkie oder auch die Erfüllung von Zielen für Anteile Erneuerbarer oder Fortschritte im Klimaschutz als positive Aspekte unterstrichen werden. Die Schwierigkeit ist hier natürlich Vorteile, die zugegebenermaßen weiter von den einzelnen Menschen entfernt sind, ausreichend nahe zu vermitteln. Hierauf wird entgegnet, dass sich bei Erneuerbaren bzw. beim Anschneiden des Themenbereichs Klimaschutz, die Frage aufdrängt, warum nicht zuerst **Effizienzsteigerungen** betrachtet werden und dann erst an den Ausbau gedacht wird.

Hier endet Runde 1.

Tisch #1 – Runde 2

Die zweite Runde startet mit einer kurzen Zusammenfassung der bereits diskutierten Inhalte in Runde 1.

Zu Tode fürchten

Ein Teilnehmer berichtet aus dem Urlaub von einer Wanderung im Lachtal und der Gelegenheit dort Hüttenwirten und Gästen zuzuhören bzw. mit ihnen zu diskutieren. Seine Conclusio ist, dass wenn Windturbinen erstmal stehen, es der Masse **relativ egal** ist und es im Vorhinein oft ein „zu Tode fürchten“ sei. Klar gäbe es aber auch immer „Raunzer“ und Skeptiker.

Ähnlich zeige sich in einer Befragung am Salzstiegl und auch in Deutschland, dass das Vorhandensein von Windkraft kein Ausschlusskriterium bei der Destinationsauswahl darstellt und Erneuerbare als Erleichterung eines schlechten Gewissens, ob der sehr energieintensiven Betreibung von Skisportanlagen, begrüßt würden. Es sei auch **im Burgenland** als Faktum abzulesen, dass der **Tourismus durch den starken Windkraftausbau nicht negativ beeinflusst wurde**. Im späteren Verlauf der Diskussion wird erwähnt, dass Tourismus sowieso nur mit Infrastruktur funktioniere und erneuerbare Energieversorgung hier positiv zum Standortmarketing beitragen könnten.

Es stellt sich wiederum die Frage, was man als Tourismusregion definiert. Ab wann sollte man von einer Tourismusregion sprechen und welche Art von Tourismus ist gemeint. Rund um Wien sei zum Beispiel **Tourismus nicht nur jener mit Übernachtungen**. Die Frage sei vielleicht auch: „Was erwarten Touristen?“. Beim Skifahren sei die Landschaft ja schon sehr stark beansprucht und dementsprechend auch die Ansprüche der Touristen andere als z.B. in einer Wanderregion. In den Fischbacher Alpen war der sonst sehr kritisch wahrgenommene österreichische Alpenverein zum Beispiel sehr positiv. Welchen Grund dies habe, sei schwierig zu beantworten, es habe wohl auch etwas mit der **Entwicklungsgeschichte** und den dort **verankerten Personen** zu tun.

Windkraft Wimmelbücher

In Kärnten habe man beobachtet, dass ein großer Unterschied zwischen „Jung“ und „Alt“ herrsche. Die Jungen sehen die Notwendigkeit einer Veränderung klarer, auch vor dem Hintergrund der Aufwertung von Grundstücken als Gegenentwurf zu sonst negativen wirtschaftlichen Trends und zunehmender Abwanderung, wo hingegen ältere, mit mehr **Beharrungsvermögen** ausgestattete Personen eher negativ eingestellt sind und durch das Innehaben von **Entscheidungspositionen** auch effizienter in den Diskurs eingreifen können. Alter sei also definitiv eine Unterscheidung, die man sich ansehen möge. Es sei einfach ein Wandel und die Integration von Windkraft folge einem natürlichen Wandel und einer Normalisierung. Als „Lieblingsbeispiel“ wird präsentiert, dass es fast keine Wimmelbücher für Kinder mehr gäbe, in denen nicht ein Windrad zu finden sei.

Die Moderatorin fragt an diesem Punkt, ob denn ein Unterschied in der Wahrnehmung von Einheimischen und TouristInnen zu erwarten sei.

Hier wird sogleich wieder die Komponente Alter ins Spiel gebracht. Junge Leute vor Ort mit dem nötigen „**Mindset**“ und einer Verpflichtung zu erneuerbaren Energieformen würden hier sicherlich große Bereitschaft zeigen und diese seien, wie später angemerkt, auch die einzige Hoffnung für eine nachhaltigere Entwicklung.

Angst

Problematisch sei, dass auf der anderen Seite Angst herrsche, derer man **nicht mit Zahlen Herr werden** könne. Es gehe stark um das erbitterte Verteidigen eines Geschäftsfeldes, wie man in Kärnten in den letzten 15 Jahren gut habe beobachten können. Hier wird die Notwendigkeit von ein, zwei Beispielwindparks diskutiert, um es spüren zu können. In der Steiermark sei die Diskussion durch Vorhandensein von Windkraft mit Touristikern wie Landesplanern eine ganz andere. In Kärnten hingegen versuche man immer noch von

oben herab alles zu verhindern. Dies sei **die pure Angst**. An dieser Stelle wird erfragt, ob es nicht erstaunlich sei, dass insbesondere dort wo in den letzten 20 Jahren **rückgängige Trends** abzulesen seien, diese **Angst am größten** scheint. Das Waldviertel sei dafür das beste Beispiel. Hier wurde der „**Gegenwind**“ **„hineingetragen“**. Hier eröffnet sich ein weiteres Themenfeld, nämlich jenes der Wochenendhausbesitzer und Wochenendausflügler, welches aber nicht weiter diskutiert wird.

Um eine Antwort auf die grundlegende Frage des Einflusses auf Tourismusregionen zu geben, könne man antworten: „Mehr positive als negative“. Zum Beispiel in Form von Infrastrukturaufwertungen und Beschäftigung. Vieles **Negative** sei allerdings **„im Bauch“** in Form von Angst angesiedelt. Hier könne man deprivierte Tourismusregionen skizzieren, die froh um jede Servicemitarbeiterübernachtung sind und auf der anderen Seite die Kärntner Seen mit hunderttausenden Nächtigungen, wo man **Panik** schon **beim Anblick** irgendeines Flügels bekäme. Es gäbe keine Hinweise bisher auf drastisch negative Beeinflussungen im Tourismus.

Wie ist überhaupt eine **Bewertung des Landschaftsbildes ohne Werthaltung** möglich. Das trifft alle. In den Raum gestellt wird noch, wie die Veränderung von Mobilität (Elektromobilität) die Einstellung zur Stromerzeugung verändert. Bei Jugendlichen zeige sich mittlerweile zum Beispiel, dass diese mehr Wert auf ihr Handy legen, als auf ein eigenes Auto.

Hier endet Runde 2.

Tisch #1 – Runde 3

Auch die dritte Runde startet mit einer kurzen Zusammenfassung der bereits diskutierten Fragen und Themen.

Die Piefkesaga

Eingangs wird die Piefkesaga erwähnt, in welcher der Bevölkerung etwas **als wertvoll verkauft** wird. Bei Erneuerbaren sei der Eindruck aber man stehe genau auf der anderen Seite, da diese immer als Abwertung verkauft wird. Es wäre wichtig festzuhalten, dass nicht jede landschaftliche Veränderung per se schlecht ist. Hier müsse man differenzieren und auch **über den visuellen Eindruck hinaus** Werte ausdrücken. Wichtig sei auch, welche Art von Tourismus betrachtet werde. Tourismus in unberührten Gebieten oder im Podersdorfer Strandbad. Wiederum wird von Urlaubserinnerungen aus Andalusien berichtet, wo hunderte Windräder eigentlich als Teil der Landschaft wahrgenommen wurden.

Die Moderatorin bringt ein, dass hier bereits unterschiedliche NutzerInnengruppen skizziert wurden. Die Einheimischen, neue TouristInnen und die seit Jahrzehnten wiederkehrenden Stammgäste.

Am Hausberg des Windkraftplaners

Erwähnt wird in diesem Zusammenhang das anfängliche und starke Missfallen eines begeisterten Windkraftplaners gegenüber Plänen auf dem „eigenen“ Hausberg Windkraft zu bauen. Es zeige deutlich, dass hier ein massiver Unterschied in Abhängigkeit von der **regionalen Verwurzelung** bestehe. Es sei wirklich wichtig, hier auch die TouristInnen zu befragen, da es Regionen gibt, in welche Windkraft auch hineinpassen würde. Hinterfragt wird in diesem Zusammenhang warum TouristikerInnen fehlen, welche hier eine Einschätzung bezüglich des Einflusses auf ihre Ressource, die Landschaft, liefern könnten.

Von der Moderatorin werden hier erklärend die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Stakeholdern aus dem Tourismusbereich, nicht zuletzt durch den Mangel überregionaler Strukturen im Tourismus, erwähnt. Des Weiteren wird auf das klare Ziel, diese in den lokalen Laboren einzubinden, verwiesen.

In der Folge wird erläutert, dass Eingriffe durch Erneuerbare dort gescheut werden, wo oft schon Eingriffe, zum Beispiel in Form einer Berghütte, passiert sind. Hier müsse die Frage gestellt werden: „**Warum nicht gerade dort?**“. In diesem Zusammenhang wird unterstrichen, dass das „warum“, warum eben eine Anlage zur Produktion von erneuerbarem Strom notwendig ist, und das große Ganze dahinter ausgewiesen werden müssten und eben nicht nur der visuelle Eindruck.

Naturschutz und persönliche Befindlichkeiten

Als advocatus diaboli schlägt ein Teilnehmer die Brücke zum Naturschutz, welchem in den Regularien klar Raum zugestanden werde, wo hingegen persönliche Befindlichkeiten einzelner Betroffener eigentlich in **keiner geregelten Form** einzubringen seien. Es gäbe hierfür keine Anlaufstelle in Genehmigungsverfahren, niemand der diese Bedürfnisse in die Verfahren eingliedere. Dies sei aber so in einer Demokratie, in der Entscheidungsbefugnisse eben abgegeben werden, wird entgegnet. Wichtig ist hier die Weitergabe von objektiven Informationen, welche in der Verantwortung und wohl auch dem Interesse der Betreiber liegt, allerdings stoße dies in Zeiten von „fake news“ wohl auf ein gewisses mitunter eigennütziges Misstrauen.

Information und nicht Beteiligung

Kritisch diskutiert wird der Begriff der Einbindung, denn im jetzigen Zustand geht es in erster Linie um Information. Es werde oft **als Beteiligungsverfahren verkauft**, aber in Wahrheit wäre dem nicht so. Hier wird gleich hinterfragt warum bei Erneuerbaren eine Einbindung notwendig sei, bei Verkehrsprojekten und Einkaufszentren aber nicht? Vielleicht ginge es auch nicht um die Entscheidung selbst, sondern **auf welcher Ebene Partikularinteressen** geäußert würden. Hier wird bemerkt, dass dies eigentlich nur auf überregionaler Ebene geschehen könne, aber für die verschiedenen Akteure hier noch kein regulativer Rahmen existiere. Ziel sollte es sein, Rahmenbedingungen vorzugeben, diese auf regionaler Ebene zu präsentieren, um dann eine

Beteiligung auf überregionaler Ebene zu fördern. Kritisiert wird auch die Tendenz der Politik, gewisse Entscheidungen abzugeben und nicht wahrzunehmen. Im Land Baden-Württemberg gäbe es ein eigenes Landesamt für Bürgerbeteiligung, welches sich in Genehmigungsverfahren einschalte.

Die Moderatorin schlägt kurz vor Schluss nochmal vor zu diskutieren, ob denn Möglichkeiten existieren Touristinnen und Touristen einzubinden.

Die strategische Umweltprüfung

Hier wird die strategische Umweltprüfung (SUP) erwähnt, die ja im Grunde schon als Rahmen zum „Einfangen“ solcher **Partikularinteressen** dienen könnte, aber hier bewege man sich eben auf abstrahierter Ebene. Zwischen lokaler und dieser abstrahierten Ebene gäbe es aber nichts. Mit Blick auf die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) entwickelt sich dann eine Diskussion um die Subjektivität bzw. Objektivität von Landschaft, welche ja schon als Schutzgut definiert sei und eben nicht von klar definierten **Naturschutzvorgaben** unterschieden werden sollen. Allerdings ist hier wiederum ein Unterschied auszuweisen, ob das Schutzgut Landschaft fachlich begutachtet wird oder eben von der einzelnen Person **emotional bewertet** wird. Es wird eingeworfen, dass Bürgerinitiativen als emotional abzustempeln, nicht in Ordnung wäre, worauf entgegnet wird, dass mit Emotionalität keine Wertung einhergehe. Die Erfahrung mit Bürgerinitiativen zeige aber, dass es oft um Veränderungen gehe, die **einfach nicht gewollt** seien, dies wäre aber **schwer zu argumentieren** und so würde sehr viel über Schall, Infraschall und Ähnliches diskutiert. Dies veranschaulicht die Schwierigkeit, im Vergleich zu naturschutzrechtlichen fachlichen Aspekten, über Themen wie das Schutzgut Landschaft zu diskutieren.

Hier endet Runde 3.

Protokoll Tisch #2

„Wie können die Ausbauziele von erneuerbaren Energieträgern und der Schutz des Landschaftsbildes in Tourismusregionen vereinbart werden?“

Tisch #2 – Runde 1

Gezähmte Natur

Eingehend wird kurz erörtert, dass die Großzahl der Touristen meist eine „gezähmte“ Natur (bspw. bewirtschaftete Gebiete, präparierte Pisten) erleben würden und nur selten mit wirklich unberührter Natur in Kontakt kämen. Schnell wird klar, dass eine **Kategorisierung von Tourismusregionen** und die **Definition von Tourismus** wichtig ist. Können Gebiete mit unberührter/unerschlossener Natur überhaupt Tourismusregion sein? (sanfter Tourismus) Kann der Wert einer Region auch daran festgemacht werden, dass niemand die Region besucht?

Wert von Landschaft und Natur

In weitere Folge stellt sich die Frage, ob Windräder/PV-Anlagen abseits von Tourismusgebieten gebaut werden sollten und **welchen Wert** dann die Natur in solchen abgelegenen Gebieten hat. Zentraler Diskussionspunkt der ersten Runde ist der **subjektive**, ggf. **emotionale Wert** des Landschaftsbildes. Aufgrund der emotionalen Nähe zu einem Gebiet käme es selbst in nicht sonderlich attraktiven (was schlussendlich wieder eine sehr subjektive Betrachtung ist) Gebieten zu Ablehnung. Auch Menschen, welche der Thematik grundsätzlich positiv gegenüber stehen könnten eine konträre Haltung entwickeln **sobald die eigene Heimat betroffen** ist (diese verliert damit an subjektivem Wert – oft folge auch ein Vergleich mit anderen Gebieten: „Man baut auch in der Toskana keine Windräder“). Hierbei können Touristen die unter den Begriff „**Stammgäste**“ fallen einen ebenso emotionalen Bezug herstellen, wie die dort ansässige BürgerInnen. Es wird auf lokaler Ebene immer Konflikte geben. Ebenso können Windräder auf subjektiver Ebene auch als schön empfunden werden.

Wert für Wen?

Widersprüche in der subjektiven Bewertung wurden am Bsp. Buschberg erläutert: Das Thema Windräder sei dort mit großer Ablehnung diskutiert worden, mit dem Argument, dass das „**Symbol der Region**“ (eben der Buschberg) dadurch negativ verändert würde. Dem entgegen stehe aber, dass der Berg durch ein großes technisches Bauwerk bereits in der Vergangenheit verändert wurde und trotz des Bauwerks (oder gerade deswegen) als Symbol für die Region gelte. Generell gelte, dass **Landmarken und Regionen mit überregionaler Bedeutung** ggf. gesondert zu behandeln sind.

Landscape Load – Wie viel verträgt die Landschaft?

Im weiteren Verlauf wurde auch der landscape load einer Region diskutiert und ob Windkraftparks in einem gewissen Maß auch ein Gefühl der **Bedrohung für den Menschen** auslösen könnten. Es wird angemerkt, dass dies durchaus bei Tieren (Vögeln) der Fall sei. Dem könnten aber **Gewöhnungseffekte** ggf. entgegenwirken. Daraus resultierend ergibt sich die Frage, inwiefern es sinnvoll (und leichter) sein kann, große Projekte in bereits „verbauten“ Gebieten umzusetzen. Dies sei jedoch lokal niemals objektiv bewertbar.

Außerdem müsse zwischen „**guter**“ (bspw. Liftanlagen) und „**schlechter**“ (bspw. Windräder) **Infrastruktur** unterschieden werden.

Abschließend wurde noch angemerkt, dass es wichtig sei den Tourismus bei der Bewertung der Landwirtschaft mit einzubeziehen. In NÖ bspw. werde neben Aspekten und Auswirkungen des Verkehrs etc. auch der Tourismus mit betrachtet.

Hier endet Runde 1.

Tisch #2 – Runde 2

Stetige Veränderung

Die zweite Runde startet mit dem Thema Sprache und Wording. Die **Umsetzung von Projekten** im Sektor erneuerbare Energien **und** ein **schönes Landschaftsbild** seien grundsätzlich **kein Gegensatz**. Innerhalb der Diskussion würden aber häufig nur negativ konnotierte Begrifflichkeiten wie Eingriff, Eindringen, Betroffene, etc. verwendet. Unsere Gesellschaft versuche dabei immer ein **konservierendes Bild** der Umgebung und Landschaft zu transportieren (oft bspw. beim Thema Wald), das Landschaftsbild sei aber etwas, das sich **stetig** verändere. Wir müssten in der Diskussion um erneuerbare Energien Abstand davon nehmen, dass **Veränderung** gleichbedeutend mit etwas Schlechtem sei und uns klar machen, dass die **Alternative** (Energieversorgung durch **fossile Energieträger**) unter Umständen mehr zerstört und zudem **andere** (weit stärkere) **Veränderungen** mit sich zieht (Klimawandel).

Unberührte Tourismusregion?

Auch in dieser Runde wird darüber diskutiert, was wir unter Tourismusregionen - besser: eine Region die Gäste und Einheimische anzieht – verstünden. Ist eine unberührte und nicht erschlossene Bergkette (außer ggf. Wanderwege) auch eine Tourismusregion? In Ergänzung zur Diskussion der ersten Runde wird angebracht, dass Landschaft, abseits der subjektiven Wahrnehmung, vor allem ein **Schutzgut** ist. Es müsse daher unabhängige Bewertungskriterien und Kategorisierungen geben.

2-Klassen-Landschaft

Im Zuge einer Diskussion von unterschiedlichen Landschaften wird angemerkt, dass Projekte ggf. in Gebieten, die bereits technisch genutzt werden (anthropogen geprägte/überprägte Gebiete) weniger stören und auf weniger Widerstand stoßen würden, als in Regionen welche ihr touristisches Potenzial durch ihr Landschaftsbild an sich definieren. PV Anlagen wiederum könnten sehr gut auf bereits versiegelten Flächen umgesetzt werden. Eine Unterscheidung zwischen der technischen Nutzung der Landschaft durch Lifтанlagen, welche der Freizeitnutzung dienen, und jenen welche der Energieerzeugung im Sinne des Klimaschutzes dienen sei hier wichtig.

Hier endet Runde 2.

Tisch #2 – Runde 3

Generation Gap

Es gäbe große Unterschiede bei der Bewertung des Landschaftsbildes zwischen den **Generationen** (jung vs. alt). Junge Menschen hätten tendenziell eine **positivere Einstellung zu erneuerbaren Energien** und die zugrunde liegenden Werte würden sich auch in Zukunft weiter wandeln. So haben **Windmühlen** früher Getreide gemahlen und wurden so als Bauwerke akzeptiert.

Wahrnehmung des Landschaftsbildes auf Zeitachse

Weiterhin wird angemerkt, dass der Tourismus die Landschaft bereits massiv verändert habe (Skitourismus). Hierbei handle es sich um eine Infrastruktur, die akzeptiert werde. Es sei eine **Frage der Qualität** und ein Windrad habe eine andere. Andersherum könne argumentiert werden, dass es in einem bereits genutzten Gebiet weniger ausschlaggebend sei, ob dort auch noch Windräder aufgestellt würden. Die Idee geht soweit, dass ggf. sogar das **schlechte Gewissen relativiert** werden könne: Der Strom wird durch PV Anlagen oder Windräder regional erzeugt und genutzt. Auch hier sei die Kategorisierung von Tourismusgebieten wieder entscheidend. Wenn ein Gebiet bspw. bekannt für spirituelle/meditative Erholung ist, werde es schwer sein dort ein Windkraft-Projekt zu realisieren, da die Nutzungen nicht kompatibel seien.

Umweltschutz ≠ Klimaschutz

Es wurde zudem über **rechtliche Rahmenbedingungen** diskutiert und angemerkt, dass die Zielvorgaben der europäischen Richtlinien in Bezug auf **Umweltschutz und Klimaschutz** teilweise **divergierend** seien. Die Aufteilung der Ausbauziele auf die einzelnen Regionen/Bundesländer im ersten Schritt sei noch vergleichsweise einfach. Wenn es im zweiten Schritt jedoch um die Realisierung konkreter Projekte gehe, werde die tatsächliche Umsetzung aufgrund des **lokalen Widerstands** schwierig.

Landschaft = Identität

Die Wahrnehmung eines Projektes (positiver/negativer/neutraler Einfluss) in der Bevölkerung hängt stark von dessen Umsetzung und der **Kommunikation** ab. Als positives Beispiel könne der Neusiedler See hervorgehoben werden. Dort habe sich die Landschaft stark verändert, dennoch habe dies keinen Einfluss auf den Tourismus gehabt.

Hier endet Runde 3.

Protokoll Tisch #3

„Wie sollen geregelte, gerechte und transparente Planungs- und Entscheidungsverfahren in Tourismusregionen aussehen?“

Tisch #3 – Runde 1

Der Start erfolgt mit der positiven Erfahrung aus dem Lachtal (Tauernwindpark) als alpines Pionierprojekt und der schon erfolgten Erneuerung der Anlagen, die natürlich von einem neuerlichen Bau zu unterscheiden ist. Bei einem neuen Bau starte man zu einem gegebenen Zeitpunkt dann mit **Bürgerinformationstagen**. Im Laufe der Diskussion zeichnet sich ein Bruch zwischen den anfänglich noch öfters verwendetem Begriff **Bürgerbeteiligung/sprozess** und der Idee von bloßen und im kleinen Rahmen abgehaltenen Informationsveranstaltungen ab. Die Frage nach dem Zeitpunkt für eben diese und wie weit die Planung dann schon gediegen sei dominiert in der Folge die Runde.

Beteiligung, Information, Verwirrung

Prinzipiell sei es schwierig bis unmöglich die BürgerInnen vor einer konkreten Planung zu informieren, man mache es also meist bevor sich eine **Gemeinde** für oder gegen ein Projekt entscheide. Es wird allerdings auch von Erfahrungen mit sehr weit fortgeschrittenen Planungen berichtet. Man müsse zwischen **technischer Planung** und **Genehmigungsverfahren** unterscheiden, wird erwidert und mit Hinblick auf die Forderung einer möglichst frühen und **ergebnisoffenen Diskussion** erklärt, dass man zu einem zu frühen Zeitpunkt nur **Verwirrung** stifte, insbesondere wenn dies noch vor einer Abschätzung der grundsätzlichen Umsetzbarkeit eines bestimmten Projekts passiere.

Einem Projektwerber sei es mit einem Blick auf die dadurch entstehenden Kosten schlichtweg unmöglich, vor einer technischen Planung mit teuren Informationsveranstaltungen zu starten. Außerdem wolle die Bevölkerung meist **Details** erfahren: **wo genau, wie hoch, wie viele** etc. Eine frühzeitige Information sei aber natürlich sehr wichtig. Die in der Regel eingehaltene Reihenfolge stelle sich wie folgt dar: Technische Planung, Information der Bevölkerung und schließlich das Genehmigungsverfahren.

Der Moderator fragt nun wie es möglich sei allzu lauten und allzu leisen Stimmen in einem gerechten Maß Gehör zu verschaffen.

Um laute und leise Stimmen gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen, wird von einem einzelnen Informationsabend abgeraten und der Zugang über bereits erwähnte Informationstage empfohlen, an denen sich Betreiber im Sinne eines Tages der offenen Tür in kleinem Rahmen den Frage der BürgerInnen stellen. Hier wird die Frage nach dem **Zweck** dieser Veranstaltungen, **Ergebnisoffenheit** vs. Vorstellung eines Vorhabens **ohne Widerstand** zu erzeugen, gestellt und was denn, insbesondere mit Blick auf das Ziel des Projekts soziale Akzeptanz eigentlich bedeute? Diese Frage bleibt im Raum stehen wird aber nicht im Detail beantwortet. Klar ist, dass es ja ein gesetzliches Regelwerk brauche und auch gäbe, aber man **ohne soziale Akzeptanz kein Projekt** realisieren könne und solche Informationstage eben einen **Schlüsselpunkt** darstellen würden.

Hier wird eingeworfen, dass eine **statistische Erhebung** mit Blick auf Faktoren wie Projektideen, eingereichte Projekte, Widmungsverfahren, Bewilligungsverfahren und tatsächliche Realisierung und deren jeweilige Verhältnisse zueinander äußerst **informativ** sein könnte.

Von einem Teilnehmer wird die eigentliche Ausgangsfrage nach dem geregelten Verfahren wieder erwähnt und der Moderator bringt die kurz zuvor erwähnte UVP in Spiel, mit der Frage ob diese eben dieser geregelte Rahmen sein?

Hier wird klar festgehalten, dass es ja erst in der UVP bzw. im Laufe der Widmung einen klar formalisierten Prozess gäbe. Auch die Landesebene und wenn vorhanden, entsprechende **Zonierungen**, werden als Rahmen erwähnt. Mitunter gehe es eigentlich **nicht um einzelne Projekte**, sondern um die **Freigabe von einzelnen Regionen** im Rahmen einer Landes-SUP. Es stellt sich sogleich die Frage warum hier für Windkraft teilweise die Vermittlung eines breiten Diskurses im Sinne der Aufgabe der Demokratie, nämlich eine öffentliche Konsultation, unternommen werden müsse, wo hingegen Straßenbauprojekte nie in diesem Rahmen diskutiert würden. Diskussion sei aber natürlich immer gut und es wäre auch klar, dass es hier eben zur Verhinderung von einzelnen Vorhaben kommen könne. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Politik beleuchtet und angemerkt, dass es hier eine Wahrnehmung von mangelndem Vertrauen gegenüber dieser auf Seiten der Bevölkerung gäbe und mangelnde Sicherheit auf Seiten der BürgerInnen eben nicht ursächlich mit den Betreibern zu tun hätte, sondern mit einer durch die Politik nicht oder mangelhaft ausgeführten Kontrollfunktion.

Hier endet Runde 1.

Tisch #3 – Runde 2

Die zweite Runde startet mit einer Zusammenfassung der ersten Runde und auch der Frage nach Beispielen von Planungsverfahren. Hier begegne man oft der Frage: „Wo bekomme ich als Entscheidungsträger Informationen her?“ Auch die **Rolle der Medien** und mehr oder weniger selektiver Berichterstattung wird erwähnt. Vor diesem Hintergrund wird darauf hingewiesen, dass **Widerstand auch oft „hineingetragen“** würde. Besonders prominente **ZweitwohnbesitzerInnen** mit guten medialen Kontakten seien hier zu beachten. Grundsätzlich sei der Widerstand von WochenendhausbesitzerInnen zu verstehen, da sie ja oft gerade deshalb dort hingezogen seien, **weil dort eben nichts ist**. Es wäre aber wie auch andere eben nur ein Partikularinteresse von vielen.

Hier fragt jetzt der Moderator bei wem denn die Verantwortung läge solche Partikularinteressen zu hören?

Es wird sogleich an die Politik und insbesondere Landespolitik verwiesen, welche klare Richtlinien festzusetzen habe. Ohne eine klare Linie und eben **Rückendeckung durch die Politik** wäre man sonst anfällig für jeden Gegenwind. Auf Gemeindeebene wäre man auf Betreiberseite auf die Unterstützung der Gemeinde und Bürgermeister angewiesen, ohne die nichts passieren würde. Man selbst sei verpflichtet offene und ehrliche Kommunikation vor Ort zu leisten.

Misstrauen und Ablehnung

Der Werberseite werde grundsätzlich aber eher misstraut und darum müsse die lokale Politik eine Atmosphäre des Vertrauens erzeugen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass es in jeder Gemeinde 10-20 % aktive Gegner gäbe, 5-10 % aktive Unterstützer und der Rest in der Mitte sei indifferent. Vielfach sei es aber gar keine so nuancierte Frage, sondern eher eine Frage von „**Ich sehe das, ich will das nicht**“. Ein wissenschaftlicher Zugang wäre hier schwierig. Vor allem die Vermittlung des Nutzens für die Region, Emotionen und die Herstellung eines lokalen Bezugs seien wichtig. Oft gehe es ja um **Identität**. Gerade in Zeiten, in denen sich viel ändert, halte man fest an der letzten Konstante, der Horizontlinie. Hier lasse sich dann aber eben schlecht mit Vogelzugrouten argumentieren.

Zeitpunkt und Verantwortung für BürgerInnenbeteiligung

Die Frage nach dem optimalen Zeitpunkt für den Einbezug der BürgerInnen sei eine schwierige. Es gäbe diesen ja, aber wer finanziere das **ohne die Sicherheit das Projekt dann auch wirklich durchführen zu dürfen**. Deshalb könne ein **Beteiligungsprozess nur überregional** aufgestellt sein. Vor diesem Hintergrund sei ein Beteiligungsprozess schon möglich, aber ähnlich eines Modells der Region Baden-Württemberg, die die **politisch verankerte Beteiligung** von BürgerInnen im Rahmen eines BürgerInnenbeteiligungsprozesses vorsieht. Bürgerinitiativen und andere Partikularinteressen, wie jenes der Zweitwohnbesitzer, könnten schon gehört werden aber in einem ausgewogenen Maß. Einen solcher Prozess wäre äußerst wichtig, könne aber von keinem Betreiber geleistet werden. Es brauche **öffentliche Bildung** und Information und es stelle sich die Frage, wer dies leisten soll. Ein Vehikel dafür wäre ja die SUP, im jetzigen Zustand wäre diese aber nur ein „Titel ohne Mittel“.

Wem gehören Tourismusregionen

Zwei wichtige Punkte seien hier anzusprechen: Was hat die Gemeinde davon? Welche Zahlungen erfolgen? Und besonders in **Tourismusregionen** gelte es festzuhalten, dass diese **nicht nur den Gemeinden gehören**, sondern eben auch andere dort Rechte haben. Wie seien diese **unterschiedlichen Stimmen zu gewichten**? An dieser Stelle wird eine konkrete **Forderung an die Politik** gestellt. Nämlicher jene nach der Ingangsetzung

eines Prozesses der **Zielsetzungen der Klima- und Energiestrategie z.B. auf Regionsebene herunterbricht**. Dann entscheide eine Region sind wir Sonne oder Wind.

Keine wirkliche Bürgerbeteiligung

Dies wäre auch wichtig für einen **regionalen Ausgleich**, da lokal der regionale Ausgleich nicht zu erzielen sei. Wenn feststünde wo Windkraft möglich sei, könne man als Betreiber dann werben und auch mit einer gewissen **Verbindlichkeit** rechnen, da im lokalen Kontext so viele Einschränkungen existierten und dadurch keine wirklichen Veränderungen mehr möglich seien. Man könne in diesem Zusammenhang eben **gar nicht wirklich von Beteiligung sprechen** und spräche im Alltag eines Betreibers auch gar nicht davon. Auch der Fokus auf einen **Summeneffekt**, z.B. die Frage einer Windkraftfront des Alpenkamms, könnte auf einer regionalen bzw. überregionalen Ebene viel besser betrachtet werden. Hier stellt sich die Frage, ob das Land oder der Bund sich trauen werden, die **Raumordnungskompetenz der Gemeinden zu „zähmen“**. Dem wird entgegnet, dass sich dadurch das **Problem nur verlagern** würde und man anstelle von aktiv suchenden Gemeinden, dann eben Gemeinden hätte, welche versuchen würden Projekte nicht in ihrem Gebiet verortet zu bekommen.

Hier endet Runde 2.

Tisch #3 – Runde 3

Geregelt ≠ Gerecht und transparent

Auch Runde 3 startet mit einer kurzen Zusammenfassung des bisher gesagten und der Frage, wie geregelt Planungs- und Entscheidungsprozesse sind? Es wird entgegnet, dass die Verfahren geregelt seien, da Vorhaben meist UVP-pflichtig sind. Diese Regelung wirke sich aber nicht positiv auf das Gefühl von **mangelnder Transparenz und Gerechtigkeit** aus. Es herrsche hier eine **Kluft zwischen geregelten und gerechten** Verfahren. Grundsätzlich seien hier SUP und UVP und auch deren zeitliche Verankerung zu unterscheiden. Auch die SUP komme recht spät, zu einem Zeitpunkt wo es meist schon um ein konkretes Projekt gehe.

Informationszugang

Es wird eingeworfen, dass man außer in der Steiermark überall eine SUP durchlaufen müsse und Informationen überall einsichtig seien. Über das Vorhandensein von Information ist man sich aber nicht einig. Oft würden BürgerInnen **ohne direkten Zugang zu „Gemeindestuben“** oft **erst im Widmungsverfahren** von Projekten erfahren und oft auch im Rahmen eines **Wirthausgesprächs**, wird entgegnet. Es wird angemerkt, dass von Betreiberseite hier sehr früh begonnen werde BürgerInnen einzubeziehen und man dafür ein eigenes Format und Hotlines eingerichtet habe. Auf den Spezialbereich Tourismusregionen zurückkommend wird erwähnt, dass es im alpinen Bereich schon sehr schwierig für Windkraft sei, in alpinen Tourismusregionen aber doppelt und dreifach schwer. Hier herrschten sehr ausgeprägte **Befürchtungen**, dass das **Leben** in Einklang mit Tourismus beim Bau von Windkraft dort **nicht mehr funktionieren** werde und so reagierten auch nur schwach ausgeprägte Tourismusregionen hier schon mit relativ starker Ablehnung. An dieser Stelle wird angemerkt, dass hier von Planung- und Entscheidungsverfahren auf Regionsebene gesprochen werde und die vom Vorredner eingenommene vermischte Rolle von Grundbesitzer und Betreiber eine sehr spezielle sei. In einer Region gäbe es oft mehrere Interessenten und auch weit mehr Besitzer.

Neuentwicklung

Die **Verfahren hätten einen sehr starken Fokus auf die Gemeindeebene** und so müsse man bei Verfahren auf Regionsebene wirklich von einer Neuentwicklung ausgehen. Im Grunde wäre die SUP ein so ein Verfahren, aber wer würde zu so etwas eingeladen werden: Jeder Grundbesitzer? Jeder Projektentwickler? Die Bevölkerung? In diesem Falle könne man eben nicht nur die Bevölkerung einladen da dies **nur eine Perspektive sei** und man doch einen **Mix der Interessen** abbilden wolle, um so zum Beispiel das Ausdiskutieren nicht wirtschaftlicher Lösungen zu verhindern, deren mangelnde Umsetzbarkeit dann wieder zu Frustration in der Bevölkerung führen könne.

Überregional und endlich

Verfahren dieser Art müssten überregional, im Sinne einer regionalen Zonierung, vorangetrieben werden. Man kann auf alles eingehen. In NÖ sei das ja so entwickelt worden. Bei allem Verständnis für breite Prozesse müsse man aber irgendwo dann auch **ein Projekt durchführen ohne so zu tun als ob man sich das alles so aussuchen könne**. Österreich sei ein Strom-Import-Land und auch Elektroautos beschreiben eine Zukunft in der man nicht jeden Grashalm und jedes „Bergerl“ ansehen, sondern **schauen** solle, **dass man etwas weiterbringt**. Es ginge im Grunde um die Frage: Ja oder Nein bzw. Ja und unter welchen Rahmenbedingungen?

Verbindlichkeit

Hier erwarte man sich dann aber eine **Projektsicherheit**, eine Verbindlichkeit. Man könne nicht bei jedem einzelnen Projekt dann nochmal alles aufschnüren. Um auf die ursprüngliche Frage zu geregelten, gerechten und transparenten Entscheidungsprozesse zurückzukommen, wird angemerkt, dass diese nicht anders aussehen dürften als anderswo. Dies um zu verdeutlichen, dass **nicht zwischen touristischen Hochburgen und Brachland unterschieden** werden dürfe. In diesem Zusammenhang werden **nachhaltig** und **intensiv touristisch genutzte Regionen** diskutiert. Wünschenswert wäre im Grunde **überprägte Räume** einer weiteren Nutzung zuzuführen. Ein Beispiel dafür wären **zum Beispiel Skigebiete**. Worauf entgegnet wird, ob denn ein Wirtschaftswald auch ein solcher Raum ist, dieser wäre ja anthropogen massiv überprägt. In der Folge wird präzisiert, dass **technisch überprägte Räume** gemeint sind. Es gehe um Räume mit Seilbahnen, Bergstationen und ähnlichem. Ein **Schigebiet und Windräder** wären demnach eine **gute Passung**.

Zankapfel Windkraft

Aus dieser Diskussion entwickelt sich die Kritik, dass man **immer über Windräder diskutiere** nie aber über Straßen, Seilbahnen usw., welche ja **genauso Infrastruktur** seien. Es stimme schon, dass der **Eingriff** in das Landschaftsbild **durch Windkraft massiv** sei, aber sonst **deutlich geringerer Eingriff in die Natur** entstünden. Man bringe die Windräder aufgrund ihres visuellen Eindrucks immer in die Diskussion, obwohl sie anderen erneuerbaren Energieformen in anderen Aspekten überlegen wären.

Politik in die Pflicht nehmen

Zusammenfassend wird hier festgehalten, dass es nicht sein kann, dass **auf Betreiberseite politische Prozesse abhandeln** zu wären. Wenn die Politik dies nicht schafft, dann wäre jeder Betreiber verloren. Politische Planungsprozesse seien eine Notwendigkeit. Diese wäre ja eine Grundaufgabe der Politik und Entscheidungen durch StellvertreterInnen seien eben auch die Idee einer Demokratie. Hier wird entgegnet, dass es aber durchaus auch so sei, dass **für BürgerInnen** in SUP und UVP eine **Beteiligung vorgesehen** sei.

Hier endet Runde 3.

Zusammenfassung (Abschlussrunde)

Abschließend wurden die Workshop TeilnehmerInnen noch gebeten ein Statement, eine Beobachtung o.ä. festzuhalten, soweit sie dies wollten. Folgende Aussagen wurden daraufhin getätigt.

- Es finde ein Wertewandel statt. Erneuerbare Energien (Klimawandel) gewinnen zunehmend an Bedeutung, während das (unberührte) Landschaftsbild dabei immer mehr in den Hintergrund rücke. Insbesondere junge Menschen würden mehr Wert auf Klimaschutz als Landschaftsschutz legen.
- Eine Definition von Kernbegriffen sei wichtig. Am Beispiel von PV-Anlagen werde deutlich warum. Was sind große PV-Anlagen? Die Idee eine Alm „zuzupflastern“ sei in Österreich aufgrund politischer Rahmenbedingungen nicht realisierbar.
- Investitionsbereitschaft und Risikobereitschaft seien von zentraler Bedeutung für das Gelingen der Energiewende.
- Es zeichne sich ein Konflikt (oder auch nicht) zwischen Klimaschutz und Naturschutz ab.
- Im Zuge der Diskussion um erneuerbare Energien spreche man häufiger von „Problemen“, „Herausforderungen“, „Beeinträchtigungen“ anstatt die Diskussion mit positiv konnotierten Begriffen zu führen.
- Das Thema Tourismus müsse man auch qualitativ betrachten und Fragen wie: Welcher Tourismus? Welche Regionen? und Welches Projekt? stellen.
- Wie man mit der angestrebten Energiewende umgehe, sei eine wichtige Frage. Immerhin sei diese das größte Reinvestitionsprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg.
- Knackpunkt in Sachen Tourismus sei die Art des Tourismus und dessen Wandel. Wie befrage man Touristen der Zukunft, also jene die noch gar nicht da sind. Es wäre wohl gut Regionen mit Vorprägungen auszuwählen.
- Es gäbe eine Renaissance der Sommerfrische, auf Basis eines zunehmenden Bedürfnisses nach Identität und Kontinuität. Wie man damit umgehe und was dies für die Landschaft und Landnutzung bedeute, seien zentrale Fragen.
- Die besten (Wind-)Flächen seien bereits genutzt. Ohne konkrete, politische Vorgaben werde es keine weiteren Projekte geben und darum müssen Bundesländer verpflichtend Regionen ausweisen. Politische Ziele bräuchten nun mal politische Maßnahmen.

Hier enden die Abschlussrunde und der gesamte Workshop.